

Volksstimme

Eingelnummer 30 Pfg.

Redaktion:
Halle a. S., Gr. Brauerstraße 27
Telefon 6002
Erscheinungstage: Montag, Mittwoch, Freitag

Organ der Sozialdemokratischen Partei
in Halle und ähnlichen Kreisen im Regierungsbezirk Merseburg.
Erscheint mit der Sonntags-Unterhaltungsbeilage „Der Gesellschafter“
jeden Freitag nachmittags.

Verlag und Expedition:
Halle a. S., Große Ulrichstraße 27
Telefon 5407
Postfachkonto Leipzig Nr. 87573.

Nr. 159 Halle, Freitag, den 9. Juli 1920 4. Jahrgang

Der vierte Tag in Spa.

Der Sitzungserfolg.

Spa, 8. Juli. Die heutige Sitzung der Konferenz wurde um 1/4 Uhr im Schloß de la Reineuse eröffnet. Lloyd George teilte sofort im Namen der Alliierten mit, daß Deutschland, sofern es sofort zur Entwaffnung der Einwohnerwehren und der Sicherheitspolizei bereit ist, für die Herabsetzung der Heeresstärke auf 100 000 Mann eine Frist von sechs Monaten zugesichert worden sei. Die Herabsetzung des Heeres habe in zwei Stufen, bis zum 1. Oktober 1920 auf 150 000 Mann und bis zum 1. Januar 1921 auf 100 000 Mann, stattzufinden.

Minister Dr. Simons betonte, daß eine so bedeutende Fristverlängerung eine einseitige Aufgabe der Entente darstellen würde und nicht ein Abkommen unter den verhandelnden Parteien.

Lloyd George entgegnete, daß die Alliierten dazu verpflichtet sind, daß wir das Programm mit diesen Abmachungen annehmen.

Demgegenüber erklärte Minister Dr. Simons, daß wir das nicht in Frage stellen, ohne vorher eingehend über die Möglichkeiten beraten zu haben.

Die Konferenz wurde darauf um 5 Uhr auf Freitag um Mittag 11 Uhr vertagt.

Die Mitglieder der deutschen Delegation sind sofort nach Rückkehr von der Konferenz zu einer Besprechung zusammengetreten.

Streit um die Waffenzerstörung.

Spa, 8. Juli. (Havass.) Bei der gestrigen Beratung der militärischen Sachverständigen, wobei Frankreich durch General Nollet und Deutschland durch General von Seeckt vertreten waren, über das zunächst auszufertigende Material erfolgte eine Einigung in dem Sinne, daß die Zerstörung von 14 000 Geschützen, 5000 Maschinengewehren und 750 000 Sandwaffen als erfolgt anerkannt wird. Dagegen weigerten sich die Alliierten den deutschen Forderungen bezüglich des noch zu zerstörenden Materials nachzugeben, da man fortwährend noch weitere Vorträge aufbrachte. Man wisse so, daß mindestens die Hälfte des deutschen Materials noch nicht zerstört sei.

Reichen von Ungewissheit.

Spa, 8. Juli. Sofort nach der Rückkehr von der Konferenz traten die Mitglieder der deutschen Delegation zu einer Besprechung zusammen. Daran anschließend fand eine Kabinetsberatung statt, die über eine Stunde währte. Die Regierung hat sich sofort mit den in Berlin weilenden Mitgliedern des Kabinetts, mit dem

Reichspräsidenten, mit den Führern der politischen Parteien und mit dem Reichsrat in Verbindung gesetzt.

Die Alliierten fordern schnelle Entwaffnung.

Spa, 8. Juli. Die heute von den Alliierten übergebene Erklärung fordert von der deutschen Regierung sofortige Entwaffnung der Einwohnerwehren, Sicherheitspolizei und der Zivilbevölkerung und die dazu nötigen gesetzgeberischen Maßnahmen, Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht und Aufbau des Heeres auf der langfristigen Dienstzeit, Auslieferung aller in ihrem Besitz befindlichen Waffen und allen Kriegsgerät, das über die im Verträge zugelassenen Mengen hinausgeht zur Zerstörung und Beweise bei der Zerstörung, Sicherstellung der Ausführung aller noch nicht erfüllten Bestimmungen des Friedensvertrages über Seemacht und Luftfahrt und erklärt, unter diesen Bedingungen werden die Alliierten die Frist zur Verminderung der Reichswehr auf 150 000, höchstens 10 Reichswehr-Brigaden, bis zum 1. Oktober und die Frist zur Herabsetzung auf 100 000 Mann bis zum 1. Januar 1921 aussetzen, ferner in der neutralen Zone bis zum 1. Oktober eine noch zu bestimmende Zahl von Streitkräften zur Einmarmulung von Waffen zulassen und den Waffenumschmelzungs- und dem besetzten Gebiet nach anderen Teilen Deutschlands zu verhindern. Sollte Deutschland eine der Bedingungen nicht lokal ausführen, so würden die Alliierten einen weiteren Teil des deutschen Gebiets besetzen, sei es das Ruhrgebiet oder ein anderes, und es erst räumen, wenn alle obigen Bedingungen weils erfüllt sein würden.

Keine Erörterung der Schuldfrage?

Paris, 8. Juli. Wie der Berichtslatter des „Intransigent“ mitteilt, soll die Frage der Verantwortlichkeit ebenfalls nicht in Spa erörtert werden. Der belgische Minister des Innern, Simons, sei beauftragt worden, namens der Alliierten einen Bericht zu erstatten, der den Deutschen einsehbar übermitteln werde. Am Sonntag und Sonntag wolle man sich mit Polen beschäftigen.

Amsterdam, 8. Juli. Der Korrespondent der „Times“ in Spa meldet seinem Blatte, daß die Konferenz wahrscheinlich am Sonntagabend beendet sein werde. Die französische Delegation habe ihre Absicht auf Sonntagabend festgestellt. Es sei davon die Rede, daß verschiedene Kommissionen ernannt werden sollen, in denen auch Deutschland vertreten sein soll, um die Einzelheiten der Fragen der Entwaffnung, der Rüstungsfragen und der Wiedergutmachung zu besprechen, während die allgemeine Konferenz Ende Juli in Ostende wieder aufgenommen werden soll.

Deutschlands Repräsentanten.

Der belgische Adhokart Spa ist wieder einmal der Schauplatz weltgeschichtlichen Geschehens. Die führenden Männer fast aller europäischen Staaten sind dort versammelt. Aber die Welt würde nur einen geringen Teil des Interesses aufbringen, das man jetzt überall bemerkt, wenn die Presse nicht bei diesen Verhandlungen auch zu ihrem Teil kommen wollte. Eine Unmenge Pressevertreter halten sich in Spa auf. Im überwiegenden Maße natürlich die ausländischen, sie werden selbstredend auch von den Besuchen bevorzugt, und es ist nun eine Sensation für sie oder aus Selbstinteresse muß es zur Sensation gemacht werden, wie die Deutschen dort auftreten und wie sie behandelt werden. In Versailles und in San Remo wurde ja nicht mit den Deutschen verhandelt, sondern man ließ sich nur soweit herab, ihnen ihre Vertretung zu den und den Verhandlungen und zu jenen Strafen mündlich mitzuteilen. Einwendungen durften sie nur schriftlich erheben. Jetzt, wo man Rede und Gegende tauscht, geht die Sache natürlich etwas lebhafter zu und es ist auch wieder selbstverständlich, daß, getreu nach dem Sprichwort: wer den Schaden hat, braucht für den Spott nicht zu sorgen, die deutschen Regierungsvertreter als die Ungeliebten, als die Feinde hingestellt werden. Man braucht also diese Verhandlungen, die namentlich wohl von belgischer Seite betrieben und von einem Teil der bürgerlichen Presse begleitet werden, nicht allzu tragisch zu nehmen.

Aber ganz dürfen wir die Augen doch nicht davor verschließen, daß die ersten zwei Tage der Verhandlungen keine glücklichen für unsere Vertreter und für unser Land waren. Was es noch hingehen, daß sie nicht darauf vorbereitet waren gleich am ersten Tage die Verminderung der Reichswehr und die weitere Auslieferung oder Zerstörung der Waffen auf der Tagesordnung der Verhandlung zu finden. Daran trägt die Entente nicht die Schuld, die, am Sonntagabend in Brüssel die Tagesordnung der Konferenz festsetzte, sie aber der deutschen Regierung nicht mitteilte. Dieses Unterlassen ist allemal nicht tragisch zu nehmen und man kann es gutmütig den ausländischen Journalisten überlassen, das selbe auszusprechen. Viel schlimmer ist ein anderer

offenbarlicher Fehler, nämlich der, man hat in seiner Bemerkung für die Verringerung der Verminderung der Reichswehr auf 100 000 Mann sich vollständig auf die Gehaltengänge der militärischen Kommandostellen eingeleitet.

Die Reden, die von Gehler und Seeckt in Spa gehalten haben, hätten nicht einmal in Deutschland nachteiligen Eindruck hervorgerufen können, wenigstens bei einem großen Teil der Bevölkerung nicht. Wie hätten sie die Staatsmänner der Entente überzeugen können? Der Außenminister Simons hat vor der Konferenz einem amerikanischen Journalisten gegenüber einen klugen Anspruch getan, der verdient, nicht jedoch vergessen zu werden. Er sagte etwa: Bedenken Sie, daß die beiden größten Parteien in Deutschland Arbeiterparteien sind, daß nur das angeführt werden kann, wovon sich die Arbeiter überzeugen lassen. Gegen den Widerstand der Arbeiterkraft ist der Friedensvertrag für uns etwas Unabsehbares.

Hieraus folgt, daß die deutsche Friedensdelegation von vornherein ihr Auftreten so hätte einrichten müssen, daß sie des vollkommnen Mißfalls bei der Arbeitermasse sicher war. Sie ist ein gut Stück davon entfernt gewesen. Sie hat den verhängnisvollen Fehler begangen, sich in der Militärfrage ihr Konzept von den Generälen des Reichswehrministeriums aufstellen zu lassen, denen nicht nur die Psychologie der deutschen Arbeiterklasse, sondern auch die des Auslandes ein Stück mit liegendes Stoppel ist. Was den Fehler der während des Krieges betriebenen Politik hat die Regierung nicht das Nötige gelernt.

So kamen denn am zweiten Tage Herr Gehler in pausbackiger bürgerlicher Uniform und Herr v. Seeckt in Uniform, mit Orden und Monatel gekleidet an. Diese Herren schätzten die Situation, in der sie sich befanden, offenbar falsch ein. Sie hätten sich selber sagen müssen, daß sie mit Prinzipienklärungen, in denen sie unter großer Ausmalung der kommunistischen Gefahr die 200 000 Mann als unerlässlich hinstellten, auf die Alliierten gar keinen Eindruck machen würden. Erst am Mittwoch hat man sich dann entschlossen, einen so überzeugenden Zusätzen wie den belgischen Minister des Innern, den Gen. Evering, zu Hilfe zu rufen. Inzwischen hat man aus den Vorigen den Ein-

druck erhalten, als ob Herr Simons die Lage klarer überblicke. Aber ungeschick machen kann man die Fehler der militärisch hypochontierten Herren v. Gehler und v. Seeckt nicht mehr. Eine Folge davon scheint die ziemlich katastrophisch gehaltene Erklärung der Alliierten über die Verminderung der Reichswehr zu sein. Hier fallen die gegnerischen Staatsmänner wieder in ihre veraltete Methode zurück, einfach zu diffundieren. Es ist selbstverständlich, daß Deutschlands Vertreter diese Erklärung nun nicht fähigend schlucken konnten. Ganz gleich, ob die besser geschult oder ungeschult gehalten hatten. Verfehlt ist es aber, wenn dieser Widerspruch, den sie erheben, nur ein gefühlsmäßiger war, wie es nach den Mitteilungen aus Spa anzunehmen ist. Möge das selbstherrliche Auftreten der feindseligen Staatsmänner noch so verlegend wirken, eine Begründung, ihre Forderung aus diesem Grunde abzulehnen, kann aber von der Arbeiterkraft entgegengebracht werden, die sich für die Besetzung nicht abgeben. Dafür

Es kann nur ein Grund, nämlich an der Hand von Tatsachen die Unmöglichkeit der Durchführung dieser Forderungen zu beweisen, dagegen aber die Berechtigung unserer Vorwürfe klar und objektiv darzustellen. Aber dazu haben sich unsere Vertreter schon am zweiten Tag den Weg errammelt durch den Beweis ihrer Abhängigkeit von militärischen Denken und Sphären.

Wir jedoch darin die volle Wirkung eines rein bürgerlichen Kabinetts, das mehr wie das frühere unter der Einwirkung der alten Denkweise handelt. Dieses herbeigeführt zu haben, ist die Schuld der Unabgängigen, die das ihnen von der Arbeiterkraft entgegengebrachte Vertrauen jede Beteiligung an einer Regierung abgelehnt haben.

Höring und Spa.

So lautet ein Artikel in der Mittwochnummer der „Deutschen Tageszeitung“. Interessiert macht man sich an die Lesart. Denn da muß doch unbedingt was Neues herauskommen. So viel Minister haben die fremden Staatsmänner schon nach Spa zitiert. Es sollen die vielleicht alle sein und gehen sie nun dazu über, auch simple Oberpräsidenten vor ihr Forum zu laden? Davon sieht man vorerst nichts. Sondern zunächst stößt man auf eine energiegelbe Verurteilung, daß ein Großteil der Provinz Sachsen so schlecht betreut und die Aufhebung des Belagerungszustandes über dieselbe Provinz bei der Regierung beantragt. Enttäuscht wendet man sich gegen die Blindheit des Oberpräsidenten, der nichts von einer roten Armee bemerkt, die sich hoch frei und offen in der konservativen und Schwerindustrieellen Presse für Tag meldet und weiter sich ausbreitet. Die rote Armee, die Tag für Tag immer offener in derselben Presse ihre revolutionären Umstrukturierungen der Öffentlichkeit unterbreitet. Rechenet nicht dann noch bemerkt, daß der Belagerungszustand sich doch auch gegen die streifenden Arbeiter richtet; da wird wohl aber nur der Wunsch der Vater des Gedankens sein.

Doch die Arbeiter leiden unter den Belagerungszustand. Das ist wahr. Darum treibt namentlich die sozialistische Partei stets danach, denselben sofort wieder aufzuheben, aber nicht, wenn nicht mehr geklärt wird, woher diese Unruhen und Aufstände nicht zu befürchten sind. Doch jetzt kommt der Gen des Artikels:

Herr Höring trotzelt keine Fanfare in demselben Augenblick heraus, wo in Spa der Minister des Innern, der Reichswehrminister in der schmerzlichen Lage sind gegenüber den Entwaffnungsforderungen der Entente, und wo sie gerade mit dem Stimmes auf die innere Unsicherheit in Deutschland diesen Forderungen beizukommen verlusten.“

Mit einer Naivität, die keine Grenzen hat, wird hier ganz ungewollt die wahre Bedeutung, der reelle Grund und auch die Quellen enthüllt, warum in diesen Zeitungen das Geplänkel der „roten Armee“ an die Hand gelegt wird. Es ist unnötig, daß wir dem noch die Wort hinzufügen. Es genügt vollständig, wenn die rechtsstehende Presse den Antrag des Gen. Höring auf Aufhebung des Belagerungszustandes mit der eigenen Logik in Verbindung bringt mit den Verhandlungen in Spa, daß man das einfach der Öffentlichkeit mitteilt.

Keine Auswanderung nach Brasilien.

Der brasilianische Generalkonsul in Hamburg hat mitgeteilt, daß freie Ueberfahrt nach Brasilien bis auf weiteres nicht mehr gewährt werde, auch nicht nach den Tiommoschen Einbüren in Watto Oressa.

Sinter dieser ungeschickbaren Nachricht verbringt sich sowohl getäufelte Hoffnung, verbringt sich sowohl unvergessenes Gend der nach dem Kriege aus Deutschland Auswandernden, die in fremden Ländern jetzt auf die Hilfe der dort bestehenden Regierungen angewiesen sind, daß wir jeden abreden müßten, sich mit Auswanderungsgeldern zu tragen, den in der neuen Welt nicht schon Verwandte und hilfsbereite Freunde erwarten.

